

# Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gerechtigkeit»

Donnerstag,  
3. Juli 1879.

Inserate

haben an die Expedition in  
Leipzig zu senden.

Inserationsgebühren

für die Spaltenzeile 20 Pf.

unter Eingangsnummer 30 Pf.

## Telegraphische Depeschen.

**\* Ems, 1. Juli** vormittags. Sr. Maj. der Kaiser machte gestern Nachmittag eine Spazierfahrt und wohnte am Abend der Vorstellung im Theater bei. Zum heutigen Diner bei Sr. Maj. haben Herzog Bernhard von Sachsen-Meiningen und Prinz von Reuß XVIII. Einladungen erhalten.

**\* Berlin, 1. Juli.** Nach den bei der Admiralität eingegangenen Nachrichten dürfte es dem Unternehmer Peunier kaum gelingen, den Contract zur Hebung des Großen Kurfürsten zu erfüllen, da der Stand der Vorarbeiten die Hebung bis zum 1. Aug. kaum erwarten lässt.

**\* Baden-Soden, 1. Juli.** Die Königin Olga von Württemberg ist zu mehrtägigem Aufenthalte hier eingetroffen.

**\* Wien, 1. Juli.** In den Reichsrath sind hier erwählt: Kuranda, Prestel, Jaques, Ed. Suez, Lenz, Rathkelo, Stendel, Kopp, Wiesenburg, Kronawetter und Löfflich.

**\* Wien, 1. Juli.** Nach dem jetzt weiter bekannt gewordenen Resultat der gestrigen Reichsrathswahlen wählte Wien 10 Liberale und 1 Conservativen (zwischen Minister Glaser und Dr. Hoffer ist für heute engere Wahl angesetzt), die übrigen fünf Städte des Niederösterreichs wählten Liberale. In Oberösterreich verloren die Liberale einen Sitz; in Linz steht das Resultat noch aus. Liberale wählten ferner die salzburger Städte. Die Städte Böhmens wählten 16 Liberale und 16 Czechen. Die kroatischen Städte, bisher durch Liberale vertreten, wählten diesmal Nationale. Die schlesischen Landgemeinden wählten 2 Liberale und 1 Nationalen. Istrien wählte 1 Slaven und 1 Italiener, Ober- 2 Liberale. In den galizischen Landgemeinden gingen 25 Polen und 2 Ruthenen aus der Urne hervor; die Ruthenen verloren 13 Sitze.

**\* Wien, 1. Juli** abends. Der Justizminister Glaser hat ein Telegramm an das Wahlcomité des Wiener Bürgervereins gerichtet, in welchem er demselben mittheilt, daß er ein nur in engerer Wahl ihn zufallendes Mandat zum Reichsrath nicht annehmen würde. — Der Politischen Correspondenz wird aus Konstantinopel vom heutigen Tage gemeldet, die Botschafter Frankreichs und Englands hätten nunmehr gemeinsam bei der Pforte gegen die Aufhebung des Fermans vom Jahre 1873 protestirt. Infolge dieses Protestes werde der Eintritt des Großvezirs Schereffin-Pascha als bedrohlich angesehen.

**\* Rom, 30. Juni.** In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer vertheidigte der Ministerpräsident Depretis das Verhalten des Cabinets in der Wahlsteuerfrage und hob hervor, daß die Regierung die Prerogative der Kammer in finanziellen Angelegenheiten wahren und die öffentlichen Lasten im ganzen Königreich ausgleichen wolle. Der Präsident

der Kammer theilte mit, daß 33 Tagesordnungen beantragt worden sind. Außerdem sind 6 Amendements eingebracht worden. Die Berathung soll morgen fortgesetzt werden. Der Ministerpräsident Depretis hat der Kammer einen Handelsvertrag zwischen Italien und Serbien vorgelegt. — Fürst Alexander von Bulgarien ist heute nach Brindisi abgereist, von wo sich derselbe zu kurzem Aufenthalte nach Konstantinopel begeben wird.

**\* Paris, 1. Juli.** Das Codicill zu dem Testamente des Prinzen Louis Napoleon lautet wie folgt: „Ich habe nicht nötig, es meiner Mutter anzupfehlen, daß sie nichts verabsäumen möge, das Andenken meines Großvaters und meines Vaters hochzuhalten; ich bitte dieselbe, stets eingedenk zu bleiben, daß, solange ein Bonaparte lebt, die kaiserliche Sache auch Vertreter findet. Die Pflichten unseres Hauses gegen Frankreich erlöschen nicht mit meinem Leben. Nach meinem Tode fällt die Aufgabe, das Werk Napoleons I. und Napoleons III. fortzuführen, dem ältesten Sohne des Prinzen Jérôme Napoleon zu. Ich hoffe, daß meine vielgeliebte Mutter, indem sie demselben nach ganzem Vermögen ihre Unterstützung zu Theil werden läßt, hierin uns, die wir nicht mehr zu den Lebenden gehören, den letzten und höchsten Beweis ihrer Liebe geben wird.“

**\* London, 1. Juli.** Das Blaubuch über die griechische Grenzregulirungsfrage ist heute zur Veröffentlichung gelangt. Dasselbe enthält eine Depesche des Staatssekretärs des auswärtigen, Marquis of Salisbury, an den englischen Botschafter in Konstantinopel, Layard, vom 12. Juni. Der Marquis of Salisbury weist darin Layard an, sich mit den Botschaftern der andern Mächte beifuss Vereinbarung von Vorschlägen für die Rectification der griechischen Grenze in Verbindung zu setzen. Der Marquis betont die Nothwendigkeit der Grenzberichtigung und bedauert, daß eine solche nicht unwirksam nach der Beendigung des Krieges ausgeführt worden sei, wo sich eine günstige Gelegenheit dafür dargeboten hätte, den im Jahre 1832 begangenen Irrthum wieder gut zu machen. Die Pforte habe noch keine Antwort gegeben, auch nur wenigstens annähernd die vom Congress vorgeschlagene Grenzlinie zu acceptiren. Die Botschafter dürften es demnach, ehe sie über die genaue Anwendung der Congressvorschläge discutiren, für zweckmäßig halten, die Türkei und Griechenland aufzufordern, sich deutlich darüber zu erklären, ob sie die von dem Congress beschlossene allgemeine Grenzlinie acceptiren wollen. Durch eine Grenzberichtigung im Sinne der Congressvorschläge würde die Türkei mehr gekräftigt als geschwächt werden. Wenn der Sultan Garantien für die künftige freundliche Haltung Griechenlands verlangte, würden England und, wie Salisbury glaubt, auch Frankreich alle dieserhalb von der Pforte proponirten Maßregeln aus das sorgfältigste in Erwägung ziehen. — Die Kanalslotte

wird den Dampfer Droned mit der Leiche des Prinzen Louis Napoleon von Madeira nach England escortiren.

**\* Bukarest, 30. Juni.** In der Deputirtenkammer hat Blaresberg eine Motion eingebracht, welche von mehreren Mitgliedern der Minorität unterzeichnet ist und dahin geht, daß es nicht nötig sei, den Art. VII der Verfassung zu revidiren.

**\* Konstantinopel, 30. Juni.** Fürst Alexander von Bulgarien wird am nächsten Freitag hier erwartet. — Mahomoud-Redim-Pascha ist unerwartet auf Befehl des Sultans hier eingetroffen, ohne daß der Großvezir, Schereffin-Pascha, von diesem Befehl Kenntniß erhalten hatte.

**\* Washington, 30. Juni.** Der Senat hat die Resolution, in welcher die vollständige Wiederansprache von Silber verlangt wird, an die Finanzcommission verwiesen.

## Die Ministerkrise in Berlin.

— Leipzig, 2. Juli. Der freiwillige Rücktritt der drei Minister Hübner, Fall und Fiedler ist nunmehr eine feststehende Thatsache. Die Annahme oder Nichtannahme der Entlassungsgesuche der drei Minister steht zwar beim Kaiser, aber, richtiger gesagt, König (denn es handelt sich um preussische, nicht um Reichsminister), allein das Factum der Entlassung selbst, der erklärte Entschluß dieser drei Männer, nicht länger in ihren Stellen beharren zu wollen, ist bereits ein gewichtiger Factor zur Beurtheilung der allgemeinen politischen Lage.

An dieser Wichtigkeit des Factums wird auch durch nichts geändert, was es, wie oben gesagt, zunächst eine Ministerkrise in Preußen, nicht im Reiche ist. Abgesehen davon, daß Hübners Wirksamkeit als preussischer Finanzminister ganz direct (wie mehrfach anerkannt worden), Fall's culturkämpferischer Standpunkt wenigstens indirect sehr nahe mit der Reichspolitik sich berühren, abgesehen davon darf es doch auch als eine feststehende Thatsache betrachtet werden, daß die Gesamtresultate der größten und letzten Reichstagssitzung in Preußen, von maßgebendem Einfluß auf das Reich ist, daß alle Schwankungen und Schwankungen jener, sei es nach vor- oder nach rückwärts, sich unbedingt auch auf den Reichskörper fortpflanzen und in den Strömungen der Reichspolitik fühlbar werden.

Genug, wir können nicht bloß; sondern wir müssen sogar diese preussische Ministerkrise, zumal da sie so große Dimensionen annimmt, als ein allgemeines deutsches Ereigniß betrachten und behandeln.

Wir unterbreiten nun unsern Lesern zunächst (unter Deutschland) eine Reihe von Aeußerungen der Presse, welche sich über die mutmaßlichen Beweggründe der drei Minister zur Aufhebung ihrer Posten verbreiten. Es gibt im einzelnen da noch manches aufzuklären: das Eine aber steht fest, daß es die allgemeine poli-

## Der Ordensschwindel in Oesterreich.

Die kölnische Zeitung schreibt mit Bezug auf den von uns bereits gestern erwähnten Vorgang:

„Mit Sittensprüchen baut man keine Eisenbahnen“, sagte Osteinheim Ritter v. Pont-Cuzin, worauf ihn die Wiener Geschworenen freisprachen, und ein gewisser österreichischer Minister stellte die Berechtigung der „Trinkgelbtheorie“ recht unbesonnen auf, wonach er gleichwohl ein angesehener Mann blieb bis an sein seliges Ende. Und wenn ohne besondere Gewissensscrupel Millionen und Hunderttausende von Orländern in Eisenbahnen und Banken gewonnen wurden, warum sollten dann nicht kleinere Geister Hunderte und Tausende dadurch gewinnen, daß sie in Orden und Hofstiteln machten, stattdem die Nummern ja doch nicht alle werden, deren „Exploitation“ sich als lohnenswerthes und verdienstliches Geschäft erweist.

Ein Proceß wegen Ordens- und Titelschwindsels, der sich Ende voriger Woche in dem so viele Scandalosa zu Tage fördernden Wien abspielte, ist wirklich interessant genug, um etwas eingehender geschildert zu werden. Wir haben es da hauptsächlich mit drei Personen zu thun, deren jede in ihrer Art äußerst charakteristisch ist. Da ist zunächst der kaiserliche Rath Dr. L. Schweizer, ehemaliger Chefredacteur der amtlichen Wiener Zeitung, jetzt Herausgeber der österreichischen Correspondenz, Vertrauensmann des Hofmarschallamtes, und allem Anschein nach eine recht einflußreiche Persönlichkeit bei noch einflußreicheren Persönlichkeiten. Als der Herr kaiserliche Rath — on no sait pas pourquoi — pensionirt wurde, erhielt er eine Pension von 1200 fl. Außerdem erhielt er für seine österreichische Correspondenz einen Regierungszuschuß von 1200 fl. jährlich, wozu noch seit einer Reihe von 12 Jahren eine persönliche Zulage des Kaisers von 750 fl. jährlich hinzutrat. Glückliches und reiches Oesterreich, das an solche Rätze 3150 fl. jährlich verwenden kann! Mit besagtem kaiserlichen Rathe trat in Verbindung Dr. Rander Sonnenberg, Commandeur und Ritter hoher Orden, Chef des privilegierten Telegraphen-

Correspondenzbureau“. Also nennt er sich auf seiner Visitenkarte. Sonst heißt er Ignaz Ferdinand, war früher seines Zeichens Marinecorporal, ist bestrast vor seinem Dienstentritt wegen betrügerischen Schuldenmachens, während seiner Dienstzeit wegen „Renitenz, falschen Marobirens, respectwirdigen Benehmens, unangenehmer Aeußerungen gegenüber den Vorgesetzten, wiederholter schmuziger Aushyrtung, Unvorsichtigkeit und endlich einmal wegen verführerischer Danblungen, wofür er auf drei Monate zum Gemeinen degradirte wurde“. Trozdem hat er befremdlicherweise schließlich ein recht gutes Dienstzeugniß erhalten. Wovon er lebt, weiß man nicht genau, aber es geht ihm wie den Lilien auf dem Felde: unser Herrgott kleidet ihn doch, und zwar reich und prächtig, also daß er 10000 fl. jährlich für sich und seine kleinen Passionen ausgeben kann. „Herr Staatsanwalt, ich bin einmal nach Mödling gefahren und habe dafür 6000 fl. bekommen“, sagt Sonnenberg. Glücklicher Mensch, der bei den jetzigen schlechten Zeiten so viel Geld verdient!

Das Geschäft wird nun also gemacht; Sonnenberg fängt die Leute in Eisenbahncoups oder sonst wo ab, stellt ihnen Orden und Titel in Aussicht und schickt sie zu Schweizer, als dem rechten Manne, der das zu vermitteln im Stande ist. Sonnenberg schickt auch einen Agenten aus, welcher sonst mit Kleinigkeiten handelt und als Nebengeschäft Orden und Hofstitel zu verbreiten sucht. Bei Schweizer lagern die Betreffenden dann ihre Trinkgelder ab, oder aber, sie schicken sie zu Sonnenberg, wenn ihnen Schweizer zu ansständig vorkommt, um ihm das Geld direct in die Hand zu drücken. Sonnenberg muß ihnen danach wol weniger ansständig vorgekommen sein. Also that ein Gastwirth Frohner, der Postkrieger werden wollte. In die erhaltenen 250 fl. theilten Schweizer und Sonnenberg sich brüderlich. Auch einen nach Rodwin eingezogenen Reservisten wollten die Herren besorgen, wozu 200 fl. gezahlt und gleichfalls getheilt wurden. Und solche nebenhändliche Fälle gibt es noch mehr, wobei wir gleich bemerken wollen, daß die Bemühungen meist erfolgreich waren. So erhielt Dr. Adolf Richter, Fabrikant in Nürnberg, einen österrei-

chischen Titel und bezahlte dafür 3000 M.; 1000 M. bekam Sonnenberg, 1000 Schweizer und den Rest ein Dr. Siebert, Kammervirtuos in Nürnberg, der seiner Angabe nach nur aus reiner Freundschaft für seinen Schwager Richter das Geschäft machte und „durch seine künstlerische Thätigkeit eine so reiche Einnahme erzielte und noch erzielt, daß er mit seiner Familie das angenehme und uneingeschränkte Wohlleben zu führen seit langen Jahren in der Lage ist“.

L'appetit vient en mangant; Dr. Richter hatte den Titel und wünschte nun auch den Orden der Eisernen Krone. Und hiermit tritt die dritte und wahrlich nicht uninteressanteste Person auf dem Schauplatz der Thaten: das ist Dr. Gabriel v. Baraby, erster Vicepräsident des ungarischen Abgeordnetenhauses, eine zweifelsohne einflußreiche Persönlichkeit, wie es heißt nicht ohne Vermögen; jedenfalls in „augenblicklicher Geldverlegenheit“ und nach besserer Zeitungsberichten zu schließen etwas sehr anrüchlicher Natur. Siebert und Sonnenberg setzen sich mit ihm in Verbindung und Herr Richter wird mitgetheilt, daß er den Orden nur erhalten könne für herbeizugende Verdienste um den österreichischen Staat. Diese erwidert er sich auf folgende Weise: er machte Stiftungen zu Gunsten der in Pesten zweifachen Reservisten im Betrage von 200—2000 fl. und läßt Dr. v. Baraby 16000 M. übermitteln, wogegen dieser folgenden Ordens ausstellt: „Dr. Dr. Adolf Richter erstegte zu meinen Händen 20000 Frs., das ist 16000 M. mit der Bestimmung, selbe für humanitäre Interessen oder andere gemeinnützige Zwecke nach meinem Ermessen zu verwenden, wenn er den Orden der Eisernen Krone 3. Kl. erhalten haben wird. Sollte der diesbezügliche maßgebende Vorschlag nicht genehmigt werden, so werde ich dem Dr. Dr. Richter den obbezeichneten Betrag bis Ende September laufenden Jahres rückzahlen.“

Dr. Richter erhielt die Eiserne Krone aber nicht, auch blieben die 16000 M. Ende September 1878 aus. Während der Verhandlungen traf aber ein Telegramm des Benannten ein, wonach er 19000 M. erhalten habe, also 3000 M. mehr, als an Dr. v. Baraby gezahlt, und in

— Platt-England. Poetische und fremde- zur Cul- von C. deutschen abach. — Rudolf Meiton. risten zur reich von Meulle-

— 7321—22) e, Pro- nologischen, hsohst- reitet- ichts über elo hba l- Veröfent- llungen- dtheure- rasso 14.

um recht- ichten Jah- rtikel und r gesamm- Die aus- in für- dem Ab- über, nebst Kunst und (tag). dwestlichen n entgegen-

Wera mit Dr. Georg Werner. na mit Fel. verumt- (England) rna (Sach- Broningen u Zwischen. Leipzig mit Dr. Julius A. Amanda

indenan- r. — Dr. mit Fel. — Dr. nberg mit Reinhard a Sieber- n in Mitt-

in Leipzig- hstisch in jang Weise Johannes- ter. Die in rdt, geb- ana ver- g. — Dr. rten in rbia Leher- phil, Karl ei Leönig- agner in Friedrich Fel. Marie

fische Lage war, die es diesen drei Männern trotz ihren so verschiedenen Ressorts gleichmäßig unmöglich machte, noch länger ihre Aemter fortzuführen, noch länger die Mitverantwortung für diejenige Politik zu übernehmen, welche sie — darin wol ebenfalls übereinstimmend — als die für die nächste Zeit vom Fürsten Bismarck, dem Kanzler des Reiches und Ministerpräsidenten Preußens, fest ins Auge gefaßt ansehen.

Das ist's, was dem gleichzeitigen Schritte dieser Dreizahl hochachtbarer und, wie nicht zu zweifeln, von dem Vertrauen eines sehr großen Theils des preussischen und des deutschen Volkes getragener Männer eine so ernste Bedeutung verleiht. Man darf als sicher annehmen, daß die drei einen solchen Schritt, dessen Wirkung nach außen sie sich nicht verhehlen konnten, gewiß nicht gethan haben werden, ohne zuvor sowohl unter sich, als auch, einzeln oder gemeinsam, mit dem Reichskanzler darüber sich verständigt, resp. auseinandergesetzt zu haben. Man muß also auch folgern, daß die von diesen drei so gemäßigten Männern als für sie unüberschreitbar bezeichnete Grenze einer Wandlung in der bisherigen Gesamtpolitik Preußens und Deutschlands von dem Reichskanzler nicht als solche anerkannt worden ist, daß er ihnen keinerlei Zusage in dieser Richtung hat machen wollen.

Compromisse mit parlamentarischen Parteien mögen unter Umständen widerrufen oder abgeändert werden, wie das dormalen von manchen Seiten in Aussicht gestellt wird für das Compromiß, auf welchem anscheinend eine parlamentarische Majorität für die Bismarcksche Politik aufgebaut werden sollte. Anders verhält es sich mit Neubildungen eines Cabinets. Sie drücken der Politik des Staates, in dem sie vorgehen, eine bestimmte Signatur auf, die so lange dauert und namentlich auch nach außen hin Einfluß äbt, als nicht wieder durch anderweitige Um- oder Neubildungen abermals eine Aenderung eintritt. Der Eintritt Falk's und Friedenthal's in das preussische Ministerium, auch noch die Ersetzung Camphausen's durch Hobrecht, galten als Bürgschaften einer ihrer Grundstimmung nach liberalen, wenn auch dabei immerhin im guten Sinne conservativen, d. h. nur besonnen reformirenden und den bestehenden Verhältnissen möglichst Rechnung tragenden Politik auf den verschiedenen Gebieten des Staatslebens. Wenn Bismarck jetzt diese drei Minister ausscheiden läßt und wenn er sie, wie dann kaum anders denkbar, durch Persönlichkeiten von weiter rechts ersetzt (daß er solche aus dem Centrum nehme, wollen wir bis auf weiteres denn doch noch für undenkbar halten) — dann, leider, muß dies als eine offene Erklärung von seiner Seite angesehen werden, daß er wirklich mit jener seiner eigenen früheren Richtung nicht bloß etwa in Einem Punkte, sondern grundsätzlich brechen wolle, ja bereits gebrochen habe.

Wie tiefschmerzlich eine solche Thatsache auch ist, so hilft es doch nichts, die Augen vor ihr zu verschließen, wenn sie wirklich eintritt. Unser Blatt hat sich bis aufs äußerste — diese Gerechtigkeit wird man uns widersprechen lassen — gegen die Annahme einer solchen Eventualität gestraubt, und noch jetzt würden wir gern uns belehren lassen, daß wir zu schwarz sehen; allein, wenn wirklich der Rücktritt jener drei Minister eine vollendete Thatsache wird, so wüßten wir in der That nicht, wie derselbe eine andere Deutung zulassen könnte als die ihm hier oben gegebene.

Besonders gespannt durfte man darauf sein, wie die „Post“, das Organ der Freiconservativen, die Ministerkrise behandeln würde, da ja wenigstens zwei der abgetretenen Minister, Friedenthal und Falk, aus den Reihen der Freiconservativen hervorgegangen sind. Die „Post“ hilft sich nun damit, daß sie den liberalen Blättern, welche in dem Rücktritt dieser Minister das Anzeichen einer verhängnisvollen Wendung der gesamten Verhältnisse im Reiche und in Preußen erblicken, vorwurfsvoll entgegenhält: sie hätten ja eben diese Minister, solange dieselben im Amte waren, vielfach bekämpft und dadurch selbst dazu beigetragen, daß deren Stellung eine unsichere geworden.

Dieser Vorwurf ist, was die national-liberale Presse betrifft, unbegründet und ungerecht. Letztere hat zu den genannten Ministern, als Vertretern des liberalen und des nationalen Gedankens, fortwährend treu gestanden, was natürlich nicht ausschloß, daß sie prüfte, ob alle einzelnen Acte ihrer ministeriellen Thätigkeit jener ihrer Stellung entsprachen. Inwiefern die diesen Männern mangelnde Unterstützung der liberalen Partei gerade „in der letzten Zeit“ einen veranlassenden Grund zu ihrem Rücktritt habe abgeben können, wie die „Post“ das behauptet, ist uns unverständlich, denn gerade „in letzter Zeit“ und schon lange hat die liberale Presse sich mit Befürchtungen eines solchen Rücktritts getragen und hat dabei ihre „Werthschätzung“ der betreffenden Persönlichkeiten ebenso unumwunden als aufrichtig kundgegeben.

Schließlich sucht die „Post“ sich darüber zu rechtfertigen, daß sie auch jetzt noch an eine Reaction nicht glaube, und spricht die Zuversicht aus, „die Grundlagen unsers Staates seien gefestigt genug, um nicht durch Schwierigkeiten wie die gegenwärtigen in gefährlicher Weise erschüttert zu werden“.

Das ist freilich ein leidiger Trost. Das deutsche Volk erwartet von seiner Reichsleitung denn doch etwas mehr und etwas anderes, als daß dieselbe nur eben nicht „die Grundlagen unsers Staatswesens erschüttert“. Es erwartet und darf erwarten, daß dieselbe nicht bloß diese Grundlagen unverletzt und unangefastet erhalte, sondern daß sie auch den ruhigen Weiterbau des Staatslebens im Reiche und in den Einzelstaaten auf diesen Grundlagen fördere, nicht aber ihn durch „Schwierigkeiten“, die sie selbst schafft, hemme oder erschwere.

Ueber den eigentlichen Grund, aus welchem Männer wie Falk, Friedenthal, Hobrecht — Männer von anerkannt gemäßigter Richtung, staatsmännischer Besonnenheit und einer vom Reichskanzler selbst früher hochgeschätzten Geschäftsthatigkeit — von der Politik des Reichskanzlers sich trennen und jede weitere Verantwortlichkeit für dieselbe von sich ablehnen, schweigt die „Post“. Und doch hätte es gerade ihr am meisten zugestanden, darüber sich offen auszusprechen, denn zu den vielen Abnormitäten unsers jetzigen Zustandes kommt hier noch eine neue bedenkliche hinzu, die nämlich, daß eine Partei, welche bisher durch mehrere ihrer geachteten Mitglieder in der Regierung selbst vertreten war, trotz des Ausscheidens dieser ihrer Mitglieder aus solcher Stellung dennoch — anscheinend wenigstens — an derselben politischen Combination oder Coalition festhält, durch welche dieses Ausscheiden veranlaßt ward. Das sind keine normalen, keine gefunden Verhältnisse!

halten, da sich ihm die betreffenden Herren wol später recht dankbar erweisen werden.

Damit hätten wir den Verlauf dieses Aufsehens erregenden Processes in seinen hauptsächlichsten Zügen dargestellt und haben nur noch hinzuzufügen, daß nach Angabe des Staatsanwalts die Acten dem k. k. obersten Landesgericht (doch wol zum Vorzweck gegen Barady?) übergeben werden sollen —, und daß schließlich das Urtheil nach dem Ausspruche der Geschworenen dahin lautete, daß Schweizer von der Anklage des Betruges freizusprechen, Sonnenberg hingegen wegen des gleichen Vergehens mit acht Monaten Kerker zu bestrafen sei.

Ueber den „Schnurrbart im Postwesen“ schreibt die Deutsche Verkehrs-Zeitung: „Wenn heutigentags der junge Colleague am Postschalter in Augenblicken der Ruhe den wohlgepflegtesten Schnurrbart freilegt, so vermag er sich wol kaum vorzustellen, daß dieser Ranneschmuck viele Jahre hindurch sich in Acht und Bann befunden und den Ausgangspunkt mannichfacher dienstlicher Unannehmlichkeiten gebildet hat. Und doch wissen die älteren unter uns noch zu erzählen von langen Protokollen und Anmahnungen, von dem heiligen Eifer einzelner Postinspektoren und Postamtsdirigenten in der Befehdung alles dessen, was einem Schnurrbart haar ähnlich sah, und dann wieder von den Schwierigkeiten, wenn militärischerseits plötzlich der Befehl erging, sich zu der in kürzester Zeit beginnenden Landwehrrückzug mit einem Schnurrbart zu versehen.“ Nach dem Vorgange anderer Civilverwaltungen wurde für den Bereich der preussischen Post unterm 21. Dec. 1821 vom Generalpostmeister v. Ragler die bekannte „Postordnung“ erlassen, welche in dem Satze gipfelte: „Die für junge, mit allen Klassen des Publikums in steter Berührung stehende Postbeamten sehr wenig empfehlenden Schnurrbärte, sogenannte Henriquatre und ähnliche äußere Abzeichen, durch welche sie ihrer Person Ansehen und Wichtigkeit zu geben glauben, werden hierdurch auf das ernstlichste untersagt.“ Und so hing denn das Damoklesschwert im Silberwerthe von 5 Thln. lange Jahre hindurch über den Häuptern aller mit Bartwuchs

Vom Deutschen Reichstage.

Berlin, 1. Juli. Präsident v. Seydewitz eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 Min. mit geschäftlichen Mittheilungen. Zwei weitere Urlaubsgesuche werden bewilligt. Die Wahl des Abg. Grafen v. Droste zu Bischoering (7. Klasse) ist geprüft und für gültig erklärt worden.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die dritte Berathung der Uebersichten der Ausgaben und Einnahmen des Deutschen Reiches für das Etatsjahr 1877/78. Die Etatsüberschreitungen werden nachträglich genehmigt.

Es folgt die dritte Berathung des Entwurfs betreffend Abänderungen des Reichshaushaltsetats und des Landeshaushaltsetats von Elsaß-Lothringen für das Etatsjahr 1879/80.

Nach den Beschlüssen zweiter Berathung waren statt 3 Unterkassensekretäre 4 für das neue Ministerium auf Antrag des Abg. v. Puttkamer-Fraustadt bewilligt; dagegen die Vermehrung der Ministerialräthe von 19 auf 20 (obwol Consequenz des erstern Beschlusses) nicht genehmigt worden.

In der Generaldiscussión beschwert sich Abg. Schwarz über die ganz exorbitante Höhe der für die neuen Functionäre ausgeworfenen Gehälter (Unterkassensekretäre 22500 M., Ministerialräthe 7500 M.), die in keinem andern deutschen Lande ein Analogon finden:

Ueberall werde jetzt Sparsamkeit empfohlen, überall der schlechte Zustand unserer Finanzen in den Vordergrund gestellt; wie vereinige sich damit diese merkwürdige Freigebigkeit? Die früher, unter der französischen Regierung maßgebenden Besoldungsverhältnisse könnten doch nicht zur Begründung dieser hohen Gehälter angeführt werden.

Abg. Graf:

Der finanzielle Wohlstand Elsaß-Lothringens sei keineswegs verarmt, um das Land ohne weiteres eine so hohe Neubelastung tragen zu lassen. Die zeitweise Steigerung des Ordinariums der Ausgaben werde nur zu bald die Grenze der Leistungsfähigkeit der Steuerzahler erreichen, deren Interessen zu vertreten sie doch hierher gesandt seien. Dr. North habe freilich die Finanzlage als eine ganz ausgeglichene dargestellt; aber auch er werde nicht verkennen dürfen, daß eine Neubelastung von mehr als einer 1/2 Mill. M. für eine Institution, deren wohlthätige und segensreiche Wirkungen sich noch erst bewähren sollen, nicht ohne tief eingreifenden Einfluß auf die Gestaltung unserer Bilanz sein könne.

Abg. Windthorst erklärt, gegen die ganze Vorlage stimmen zu wollen, weil er so hohe Gehälter zu bewilligen nicht verantworten könne.

Abg. North (Autonomist):

Er bitte die dem Entwurfe wohlwollend gegenüberstehenden Reichstagsmitglieder, den Fortschritt in der erfreulichen Entwicklung der Selbstverwaltung der Reichsländer durch Genehmigung der Vorlage fördern zu helfen. Auch er müsse zugeben, daß die Höhe der Gehälter eine ungewöhnliche sei, indessen liege das zum Theil daran, daß das Reichsländ bisher ausschließlich fremde Beamte gehabt habe; seien erst Eingeborene in den höhern Verwaltungskämtern heimisch geworden, so werde auch eine Verminderung in Aussicht genommen werden müssen.

In der Specialdebatte wird der neue Etat in seinen einzelnen Titeln ohne wesentliche Discussion genehmigt. Nur bei der Position der Unterkassensekretäre erklärt Abg. Dr. Simonis nochmals die Unzufriedenheit der Majorität der reichsländischen Bevölkerung mit dem neuen Verwaltungsapparat und schließt mit dem Ausrufe: „Votiren Sie diese Summen, wir werden bezahlen! (Beifall), aber glauben Sie nicht,

Gefegneten oder vielmehr Gefrahten. Relative Freiheit war auf dem Gebiete der Bärte nur eingeräumt den zur Anstellung als Postmeister überwiesenen Offizieren, den Militärämtern, Collegen, welche ihrer einjährigen Militärdienstpflicht genügt, Unteroffizieren und Beurlaubten während der Landwehrrückzüge und den Landwehroffizieren unter den Postbeamten. Die Erlaubniß des Schnurrbarttragens für letztere außerhalb der Uebungsübungsleistungen gehört übrigens auch erst einer spätern Zeit an, in welcher unter dem Wetterleuchten im öffentlichen Leben die Starrheit der Begriffe sich bereits gemildert hatte. Endlich, am 10. Sept. 1848, fielen im Bereich der preussischen Post die Bartschranken wieder gänzlich. Zum Leidwesen aller Barbieren und derjenigen Nichtbärtigen, denen durch die absolute Unfruchtbarkeit ihrer untern Gesichtshälfte die Beschäftigung loyaler Einnahme erleichtert worden war. Länger dauerte die Civil-Schnurrbartsperrre in andern Ländern Nord- und Mitteldeutschlands, in denen die Civilbeamten auf dem Gebiete des Postwesens eigentlich auch erst durch die Kanonen von Rügenbrück aus dem Stande der Unfreien erlöst worden sind.“

Ueber eine Schattenseite der Bervielfältigungsapparate wird vom Mainzer Tageblatt berichtet: „Dem Chef eines mainzer Hauses wurde dieser Tage von einem seiner Bediensteten ein von ihm acceptirter Wechsel zum Zahlen vorgelegt. Der Principal mußte die Echtheit seiner Namensunterschrift anerkennen, trotzdem er den Wechsel für falsch erklärte, weil er unter dieses Schriftstück seinen Namen nicht geschrieben habe. Man beruhigte den Chef alsbald damit, daß ihm gesagt wurde, man habe nur zum Scherz seine unter einem andern Schriftstück mittelst Copiririnte angefertigte Unterschrift auf die Copirmasse eines Bervielfältigungsapparats übertragen und alsdann den Namen auf den Wechsel copirt. In diesem Falle hat es sich also nur um den Beweis gehandelt, daß man hier im Stande ist, die größten Fälschungen vorzunehmen, und es dürfte sonach als zweckmäßig erscheinen, für Namensunterschriften keine copirfähige Tinte zu verwenden.“

dem er erklärt, daß er in keiner Weise finanziell geschädigt sei. Wer die 19000 M. erlegt hat, konnte nicht festgestellt werden. Da Sonnenberg und Schweizer ihm nichts zurückerhalten haben, scheint er 3000 M. mehr erhalten zu haben, als er an Barady zahlte, was jedenfalls staunenswerth ist.

Leider ist auf diese Weise die genannte Summe den „humanitären Zwecken“ des Hrn. v. Barady nicht zu flatten gekommen. Sonnenberg wandte sich ferner an einen Hrn. Grillmayer in Wien und wünschte von ihm ein Darlehn von 20000 fl. für Hrn. v. Barady, wobei er ihm einen Orden in Aussicht stellte. Thatsächlich gelang es Sonnenberg, den Grillmayer, der zwar auf einen Orden keinen Werth legen will, zur Vergabe dieses Darlehns an Hrn. v. Barady zu bewegen, für welches er auch nicht die mindeste Sicherheit verlangte, weil er erfahren, „daß Barady ein Ehrenmann sei“. Das Geld hat er noch nicht zurückerhalten und auch sein Knopsloch ist noch verwaist. Der Staatsanwalt will ein solches Darlehn nicht anerkennen, sondern nennt es viel richtiger einen „Kauf- oder Lehnvertrag“. Der schon genannte Dr. Siebert trat im Auftrage des Hrn. v. Barady mit einem Hrn. Gompertz in Brunn in Verbindung. Dieser sollte Hrn. v. Barady 10-20000 fl. borgen und dafür einen Orden erhalten, aber die Sache zerfiel schließlich. Sehr unterrichtend ist die intime telegraphische Correspondenz Barady's mit Sonnenberg. Einmal ist von „Vorwürfen zu drei Theilen“ die Rede, wozu der Staatsanwalt treffend bemerkt, daß ein Vorwurf, der zu humanitären Zwecken gegeben wurde, doch nicht in drei Theile getheilt wird. Ein weiteres Telegramm lautet: „Trachten Sie wenigstens, vier oder acht zu erhalten, bei drei kommt auf mich nichts. Barady.“ Ein weiteres Telegramm: „Ohne Vorwurf sind derlei bloß akademische Discussionen. Mit dem Vorwurf erst beweisen diese Herren ihren vollen Ernst.“ Die Frage des Staatsanwalts, ob Sonnenberg außer Barady noch über andere einflussreiche Persönlichkeiten verfügt hätte, beantwortet Sonnenberg bejahend, weigert sich aber, ihre Namen zu nennen, was wir für ebenso wahr als discret und klug

die Syn  
diesem  
Da  
Zolltar  
Ueb  
rien u.  
namens  
Malch  
Post  
Waa  
Perlen  
echtes  
wird o  
Pol  
Fassung  
1) B  
loib, C  
zer und  
silberten  
unächst  
mit Sti  
Metallen  
2) fe  
und Fra  
sagen  
chen Wa  
arbeitet  
goldet  
mit Hal  
ster, Em  
Drname  
3) B  
aller Ar  
und So  
4) L  
Seite, R  
schen ob  
Blas, G  
Pappe,  
nicht be  
Die  
man b  
des „un  
Post, 20  
perlen,  
200 M  
Abg  
Amerik  
Abg. Dr  
fände, v  
30 M.  
Die  
genom  
Post  
100 Ri  
a) W  
Gras, F  
ordinäre,  
18 M.;  
und Was  
Deden, I  
Stroh, I  
in Berlin  
nicht un  
Kobr, B  
pro Sti  
40 M.  
geschick  
namter  
nicht unte  
hülte beh  
Pier  
Die  
Post  
ren dar  
a) Ka  
schulhor  
preffen  
b) Ka  
terialien  
rohem (u  
stalt um  
Ausdehnu  
schulplatz  
c) g  
gefährt,  
auch in  
durch N  
fäden 40  
d) fe  
gedruckt  
Verbindu  
nicht unte  
e) Ge  
oder durch  
mit eing  
fäden in  
und Pofar  
90 M.  
Anmer  
und Krat  
Erlaubniß  
4 M.; 2  
Wagenbed  
Kaufschul  
Post.  
Post.  
gende Fa  
a) Leb  
nahmen, 1  
Stiefelsch  
b) Sol  
leder; auf

die Sympathien des Reichslandes für das Reich auf diesem Wege zu verstärken!

Darauf legt das Haus die zweite Berathung des Zolltarifs fort.

Ueber die Pos. 20: Kurze Waaren, Quincailieren etc., und 35: Stroh- und Bastwaaren, referirt namens der Zolltarifcommission Abg. v. Wedell-Malschow.

Pos. 20 a: Waaren, ganz oder theilweise aus edeln Metallen, echten Perlen, Korallen und Edelsteinen gefertigt, Taschenuhren, echtes Blattgold und Blattsilber 600 M. pro 100 Kilogramm, wird ohne Debatte genehmigt.

Pos. 20 b ist von der Commission in folgender Fassung angenommen:

1) Waaren, ganz oder theilweise aus Bernstein, Cellulose, Eisenblech, Gagat, Jet, Lava, Meerschmaum, Perlmutter und Schildpatt, aus unedeln, echt vergoldeten oder versilberten oder mit Gold oder Silber belegten Metallen, unechtes Blattgold und Blattsilber, Zähne in Verbindung mit Stiften oder Köpfchen von Platin oder andern edeln Metallen;

2) feine Galanterie- und Quincailierwaaren (Perren- und Frauenschmuck, Toiletten und sogenannte Rippstischsachen etc.), ganz oder theilweise aus Aluminium, dergleichen Waaren aus andern unedeln Metallen, jedoch fein gearbeitet und entweder mehr oder weniger vernickelt, verguldet oder versilbert oder auch verniirt oder in Verbindung mit Halbedelsteinen oder nachgetrimmten Edelsteinen, Alabafter, Email oder auch mit Schnitarbeiten, Pasten, Cameen, Ornamenten in Metallguss etc.;

3) Brillen, Opéringender, Stuh- und Wanduhren, Hücher aller Art, feine kostliche Wachswaaren, Wachspferle, Regen- und Sonnenschirme;

4) Waaren aus Gespinnsten von Baumwolle, Leinen, Seide, Wolle oder andern Thierhaaren, welche mit animalischen oder vegetabilischen Schnitzstoffen, unedeln Metallen, Glas, Guttapercha, Kautschuk, Leder, Lebertuch, Papier, Pappe, Steinen, Stroh oder Thonwaaren verbunden und nicht besonders tarificirt sind, 120 M.

Die Abg. v. Müller-Weilheim und Frhr. v. Heereman beantragen für Pos. 20 b 1 mit Ausnahme des „unechten Blattgoldes und -Silbers“ sowie für Pos. 20 b 2 und 20 b 3 mit Ausnahme der „Wachspferle, Regen- und Sonnenschirme“ einen Zollsatz von 200 M. (statt 120 M.) anzunehmen.

Abg. Dr. Rüdert-Meinungen beantragt folgende Anmerkung hinter 20 b: „Kinderspielwaaren 24 M.“ Abg. Dr. Karsten desgleichen nach 20 b 1: „Eisenbleche, vorgearbeitet für Gegenstände der Nr. 20 b 1, 30 M.“

Die Anträge Karsten und v. Müller werden angenommen, der Antrag Rüdert wird abgelehnt.

Pos. 35: Stroh- und Bastwaaren (alles pro 100 Kilogramm):

a) Matten und Fußdecken von Bast, Stroh, Schilf, Gras, Wurzeln, Rinden etc.; auch andere Schilfwaaren ordinäre, gefärbte und ungefarbte, 3 M.; b) Strohbänder 18 M.; c) alle nicht unter a und d begriffenen Stroh- und Bastwaaren, insbesondere Stroh- und Bastgeflechtdecken, Vorhänge und ähnliche Waaren aus ungespaltenem Stroh, die in a und c genannten Stroh- und Bastwaaren in Verbindung mit andern Materialien, soweit sie dadurch nicht unter Nr. 20 fallen, 24 M.; d) Hüte aus Stroh, Rohr, Bast, Wurzeln, Fischbein, Palmblätter und Span, pro Stück 1) ohne Garnitur 20 M.; 2) mit Garnitur 40 M. Anmerkung zu d: Hüte aus Haar- oder Pansengeflecht, aus Sparterie sowie aus Geflecht von sogenannter Baumwollsparterie und Stroh werden wie Strohhüte behandelt; e) Sparterie aller Art 30 M.

Hierauf wird der Antrag Schwarz abgelehnt.

Die Vorlage der Commission wird angenommen.

Pos. 17: Kautschuk und Guttapercha, sowie Waaren daraus:

a) Kautschuk und Guttapercha, roh oder gereinigt, Kautschukborstmasse (Gartgummi), auch polirt oder mit eingepreßten Dessins versehen in Platten, Stäben, Röhren etc. frei; b) Kautschukbänder außer Verbindung mit andern Materialien oder mit baumwollnenem, leinenem oder wollenem rohem (nicht gebleichtem oder gefärbtem) Garn nur dergestalt umspinnen, umspinnen oder umwickeln, daß sie, ohne Ausdehnung noch deutlich erkannt werden können; Kautschukplatten; aufgelöster Kautschuk 3 M.; c) grobe Waaren aus weichem Kautschuk, unlackirt, ungefarbt, unbedruckt, Hartgummiswaaren, alle diese Waaren auch in Verbindung mit andern Materialien, sofern sie dadurch nicht unter Nr. 20 fallen; übersponnene Kautschukstübe 40 M.; d) feine Waaren aus weichem Kautschuk, lackirt, gefärbt, gedruckt oder mit eingepreßten Dessins; alle diese auch in Verbindung mit andern Materialien, soweit sie dadurch nicht unter Nr. 20 fallen, 60 M.; e) Gewebe aller Art mit Kautschuk überzogen, getränkt oder durch Zwischenlagen aus Kautschuk verbunden, oder mit eingeklebten Kautschukstüben; Gewebe aus Kautschukstüben in Verbindung mit andern Spinnmaterialien, Strumpf- und Posamentierwaaren in Verbindung mit Kautschukstüben 50 M.

Anmerkungen zu c: 1) Kautschukdrucktücher für Fabriken und Kratzenleder, künstliches, für Kratzenfabriken, beide auf Erlaubnißschein unter Controle, frei (Regierungsvorlage) 6 M.; 2) Schläuche aus Hans, Maschinentreibriemen und Wagenbeden aus groben Zeugstoffen, in Verbindung mit Kautschuk 24 M.

Pos. 17 wird ohne weitere Debatte genehmigt.

Pos. 21 hat nach den Commissionbeschlüssen folgende Fassung:

a) Leder aller Art, mit Ausnahme des unter b genannten, ungefarbtes; gefärbtes Zuchtenleder; Pergament; Stiefelschäfte 18 M. (Regierungsvorlage 24 M.)

b) Schleder sowie brüffeler und dänisches Handschuhleder; auch Corbuan; Maroquin; Saffian; gefärbtes Leder,

mit Ausnahme des unter a genannten; lackirtes Leder 36 M. (40 M.)

Anmerkung zu b: Halbgerbte sowie bereits gegerbte, noch nicht gefärbte oder weiter zugerichtete Ziegen- und Schafsfelle 3 M.

c) Grobe Schuhmacher-, Sattler-, Kleiner- und Tischnerwaaren sowie andere Waaren aus ungefarbtem oder bloß geschwärtztem lohgarem Leder, oder aus rohen Häuten, alle diese Waaren auch in Verbindung mit andern Materialien, soweit sie dadurch nicht unter Nr. 20 fallen, 40 M.

d) Feine Lederwaaren von Corbuan, Saffian, Maroquin, brüffeler oder dänischem Leder, von Sämisch- und weißgarem Leder, von gefärbtem Leder, von lackirtem Leder und Pergament, auch in Verbindung mit andern Materialien, soweit sie dadurch nicht unter Nr. 20 fallen; feine Schuhe aller Art 60 M.

Anmerkung zu c und d: Grobe Schuhmacher- und Tischnerwaaren aus grauer Packleinwand, Segeltuch, roher Leinwand, rohem Jwillisch oder Drillich, oder grobem unbedrucktem Wachstuch werden wie grobe, Waaren aus feinem Wachstuch, Wachsmuffelin, Wachstafel etc. wie feine Lederwaaren behandelt.

e) Handschuhe 100 M.

Der Commissionantrag ad a und b wird angenommen.

Zu Pos. 21 c und 21 d beantragt Abg. Kreuz, Zollsätze von 54, resp. 80 M., einzusetzen. Das Haus beschließt demgemäß. Im übrigen wird Pos. 21 nach dem Commissionantrage debattelos genehmigt, desgleichen auch Pos. 40, Wachstuch, Wachsmuffelin, Wachstafel:

a) grobes unbedrucktes Wachstuch (Pachtuch) 12 M. b) anderes, auch Ledertuch, Buchbinderleinen (Buchbinderzeugstoffe) 30 M. c) Wachsmuffelin, Wachstafel 50 M.

Hierauf wird die Sitzung auf Mittwoch 1 Uhr vertagt. Tagesordnung: Zolltarif.

Deutsches Reich.

X Berlin, 1. Juli. Es bestätigt sich, daß dem Entlassungsgesuche des Finanzministers Hobrecht, der dasselbe eingereicht hat, ohne einem seiner Collegen Mittheilung davon zu machen, die Entlassungsgesuche des Kultusministers Fall und des Landwirtschaftsministers Friedenthal gefolgt sind. Die drei Entlassungsgesuche stehen nach Ursprung und Motivierung in keinem Zusammenhange. Namentlich hat das vorläufig nur in der Tarifcommission beschlossene Compromiß mit den beiden conservativen Fractionen in der sogenannten Garantiefrage keinem der drei Minister Grund zum Rücktritt gegeben. Wenn man behauptet, es hätte speciell der Finanzminister, aber auch die beiden andern Minister, sich verletzt gefühlt durch den Abschluß des erwähnten Compromißes ohne ihre Zustimmung, so widerspricht das der Lage der Dinge; denn ein Compromiß ist bisher lediglich in der Tarifcommission zwischen den beiden conservativen Parteien und dem Centrum geschlossen worden, aber noch nicht mit der Regierung und dem Kanzler. Zu einem Compromiß zwischen diesen Theilen ist nach dem Gange der Geschäfte noch gar nicht die Zeit gekommen. Der Kanzler seinerseits wird sich auf eine Verständigung nicht einlassen, bevor feststeht, welche Finanzzölle und in welcher Höhe bewilligt werden. Es liegt nicht in der Art des Reichskanzlers, sich vor der Zeit zu binden, am wenigsten um den Preis eines Einsengens der Parteien der Mehrheit verhandelt; mit dem Kanzler konnte also noch nicht verhandelt werden; höchstens konnte man vertrauliche Fragen an ihn stellen, welche aber selbstverständlich nicht die Handhabe zur Eröffnung von Verhandlungen des Staatsministeriums darbieten könnten. Solche Verhandlungen sind bei allen Compromissen der letzten Jahre erst in der zweiten Lesung oder zwischen der zweiten und dritten Lesung zu Stande gekommen. Durch diese unabweisliche Thatsache erledigen sich alle Gerüchte über den angeblichen Abschluß des Frandenstein'schen Compromißes ohne Zustimmung der Minister. Was Fall und Friedenthal betrifft, so darf es ebenfalls als feststehend gelten, daß ihr Abgang nichts mit dem in Rede stehenden Compromiß zu thun hat. Es ist bekannt, daß beide Minister, jeder aus ganz verschiedenen Gründen, ihren Rücktritt nach Abschluß der Reichstags-sessien in Aussicht genommen hatten. Die Verhandlungen über die Berufung der neuen Minister sind in lebhaftem Gange und werden wahrscheinlich in Kürze zum Abschluß gelangen.

N.L.C. Berlin, 1. Juli. Heute unterliegt es keinem Zweifel mehr, daß der Kultusminister Fall gleich seinen Collegen Hobrecht und Friedenthal bei Sr. Maj. dem Könige ein Entlassungsgesuch eingereicht hat. Nicht zum ersten mal stehen wir vor der Möglichkeit, den Mann, dessen Person ein Programm bedeutet, von den Geschäften zurücktreten zu sehen. Schon vor Jahr und Tag lag ein Dimissionsgesuch Fall's im königlichen Cabinet, ein Gesuch, welches über das Attentat vom 2. Juni in Vergessenheit gerieth. Aber wie ganz anders als damals liegen heute die Dinge! Hätte Fall damals auf seinem Entschlusse bestanden, so wäre er allgemein als das Opfer der über die Befestigung des Evangelischen Oberkirchenraths entstandenen Controversen betrachtet worden. Alle Freunde einer

freisinnigen Kirchen- und Schulpolitik würden dies Ereigniß aufs tiefste beklagt haben, aber niemand hätte damals bereits — die Aera der hüssinger Verhandlungen war noch nicht angebrochen — einen grundsätzlichen Bruch mit dem kirchenpolitischen System erblickt, als dessen Träger in kaum geringerem Grade als Fall Fürst Bismarck selbst aufgetreten war. Im Gegentheil, damals wurde erzählt und allgemein geglaubt, daß Fürst Bismarck auch in den Streitfragen in Bezug auf die evangelische Kirche fest auf der Seite des Kultusministers stände. Heute wird man, wir zweifeln nicht daran, für Fall's erneutes Entlassungsgesuch wiederum auf dem Gebiete der evangelischen Kirche nach Motiven suchen, und man wird dieselben in dem Ernennungen zur Generalsynode vielleicht auch finden. Aber niemand täuscht sich darüber, daß der ausschlaggebende Grund des Schrittes lediglich die veränderte Stellung des Reichskanzlers zum Centrum, kurz, der verhängnißvolle Umschwung unserer ganzen Politik ist. In dieser Beziehung ist die Dimission Fall's von ganz besonderem Gewicht. Wenn Hobrecht geht, so kann es sich dabei um einen Streit über mehr oder minder chimärische Finanzprojecte gehandelt haben, der für den Augenblick ohne praktische politische Bedeutung wäre. Auffallender schon ist Friedenthal's Rücktritt; denn wenn ein so hervorragender thätiger, so arbeitstreibiger, so reichlich von Erfolgen begleiteter und dem Reichskanzler politisch so sehr ergebener Beamter selbst auf dem neutralen Boden des landwirtschaftlichen Ministeriums nicht mehr weiter arbeiten zu können meint, so deutet das auf einen Schaden, der nur in dem herrschenden System liegen kann. Die Entlassung Fall's aber ist das unverkennbare Signal der Reaction. Es wird nicht an Federn fehlen, welche die politische Bedeutung auch dieses Ereignisses zu verflüchtigen suchen. Man wird sagen, daß man den Fall'schen Schritt lediglich als einen Act persönlichen Gefühls aufzufassen habe, des Gefühls nämlich, daß er nicht morgen diejenigen als seine guten Freunde begrüßen möge, welche er bisher als seine erbittertesten Gegner bekämpfen mußte; sachlich brauche darum die Lage noch nicht eine principiell andere zu sein als bisher. Man wird uns daran erinnern, daß wir ja selbst die Wiederherstellung des kirchlichen Friedens oft genug als wünschenswerth bezeichnet haben. Ganz richtig; aber wir dachten an einen Frieden, der mit der Anerkennung, mit der thatsächlichen Befolgung der staatlichen Gesetzgebung durch die Kirche begonnen und erst von diesem Boden aus zu einer unbefangenen Prüfung einzelner nicht wesentlicher, aber in ihren Wirkungen vielleicht zu harter Bestimmungen der Waigeseze geführt haben würde — an einen Frieden, bei welchem Fall's Verbleiben im Amte nicht allein möglich, sondern unsers Erachtens nothwendig gewesen sein würde. Denn alsdann erst hätte er mit voller Kraft sich den organisatorischen Aufgaben zuwenden können, die er sich gestellt hatte. Der Friede, welcher unter der Bedingung des Rücktritts Fall's geschlossen wird, bedeutet die Preisgebung der Waigeseze, bedeutet für Preußen insbesondere das Scheitern dessen, was man als die werthvollste Frucht der Aera Fall erwartete, des Unterrichts-gesetzes. Einige Tage werden wir der Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Fall'schen Gesuches an allerhöchster Stelle zu harren haben. Aber die bloße Thatsache des Gesuches wird unter den obwaltenden Umständen weit hin wie ein Wedruf wirken, allen denjenigen die Augen öffnend, welche unbeherrschbar in dem Traum von der Harmlosigkeit aller Vorgänge der letzten Monate befangen waren und andere ob ihrer „Reactionstriebe“ verspotteten.

Die National-Zeitung sagt über die Ministerkrisis: „Es ist für die Lage charakteristisch, daß, wenn die Entlassungsgesuche auch gleichzeitig zur Entscheidung stehen, sie doch keine äußerlich gemeinsame Basis haben. Was den Finanzminister betrifft, so vermag er weder der Politik zu folgen, die sich in dem Antrage Frandenstein ausdrückt, noch glaubt er, wie verlautet, es den preussischen Finanzen gegenüber verantworten zu können, dem Vorgehen in Erwerbung von Privatbahnen zuzustimmen. Der landwirtschaftliche Minister hat seine Entlassung aus Gesundheitsrücksichten erbeten; diese Formel ist eben dann gewöhnlich, wenn man die speciellen Gründe nicht detailliren will. Das was aber in der agrarischen Presse verlautete, wie die mündlichen Ueberlieferungen haben das Bild einer für den landwirtschaftlichen Minister ganz unhaltbar gewordenen Situation geliefert. Der Antrag Frandenstein spielt hierbei, wie wir zu wissen glauben, keine Rolle. Was den Kultusminister betrifft, dessen Rücktritt ein historisches Ereigniß ersten Ranges ist, so war es der Hospredigerpartei und seinen speciellsten Gegnern gelungen, bei der Ernennung der Mitglieder zur Generalsynode die Spitze dieser Ernennungen direct gegen den Kultusminister in einer Weise zu richten, die wir nicht näher charakterisiren wollen. Nachdem auch die liberale Partei zur maßgebenden des Reichstages gemacht worden ist und, ohne Widerspruch zu finden, ihre kirchenpolitischen Bedingungen in die finanziellen

Verhandlungen verflucht, schien jedenfalls die Stellung des Cultusministers vollständig in der Luft zu stehen. Daß Hr. Dr. Fall dieser Position ein Ende bereite, ist bei dem Range einer solchen historischen Stellung und so unvergänglicher Verdienste wie selbstverständlich. Von drei Punkten aus: den finanzpolitischen, den agrarischen und den confessionellen, ist in die bestehenden Zustände Dresse gelegt. Jeder der drei abgehenden Minister fällt in Vertbeidigung der speciell ihm anvertrauten Einrichtungen. Und doch stimmt ihr Abgang in so merkwürdiger Weise miteinander."

Die „Tribüne“ sagt über Fall's und Friedenthal's Rücktritt: „Der Rücktritt Fall's erfolgt, wie constatirt werden kann und zur Klärung der Situation auch constatirt werden muß, in keiner Weise wegen Meinungsverschiedenheiten mit dem Reichskanzler in wirtschaftlichen Fragen oder in Angelegenheiten, welche das Cultusressort betreffen, sondern lediglich aus der Erkenntniß heraus, daß in der allgemeinen Situation seine Stellung unhaltbar sei. Schon vor zwei Monaten stand der Entschluß Dr. Fall's fest, seine Entlassung zu geben; anfänglich wollte er damit bis zum Schluß der Reichstagsession warten, und es ist auch anzunehmen, daß er vor Ende derselben sein Amt nicht niederlegen wird. In kirchenpolitischen Fragen soll die vollste Uebereinstimmung zwischen dem Reichskanzler und dem Cultusminister bis zum letzten Augenblicke bestanden haben, und namentlich beruhten alle Verhandlungen, die mit der Römischen Curie geführt sind, auf einer Verständigung zwischen dem Reichskanzler und dem Cultusminister. Die weithin tragende Bedeutung des jetzt erfolgenden Rücktritts Dr. Fall's wird dadurch freilich um nichts abgeschwächt, denn nicht auf die Ursachen, sondern auf die Wirkung kommt es hier an. In Wahrheit haben wol die von der Hofsprecherpartei gegen den Minister durchgeführten Ernennungen zur Evangelischen Generalsynode das Maß voll gemacht. Dr. Friedenthal hat sein Entlassungsgesuch durch „Gesundheitsrückichten“ begründet, die kühlste und geschäftsmäßigste Form, die es für solche Fälle gibt, und die namentlich dann wohl angebracht ist, wenn Grund vorliegt, die Amtslustigkeit für wichtiger zu halten als das höchste Amt. Soll doch zu den bestimmenden Momenten für den Landwirtschaftsminister bei diesem Schritte der Ausspruch einer maßgebenden Persönlichkeit zu rechnen sein, der wegen seines verlebenden Inhalts und seiner eigenthümlichen Form jedes Versuches spottet, ihn vermittels irgendeiner druckbaren Umschreibung auch nur anzudeuten.“ Die Erläuterung wird uns schwer, aber sie ist zur Charakteristik unserer Zustände am Platze: daß auf dem Gipfel der letzten verfallener Scandalacten sich ähnliche Aeußerungen hören lassen."

Die „Germania“ kennzeichnet die Situation von ihrem Standpunkte aus so, und sie hat leider damit wol nur zu sehr recht: „Die endgültige Entscheidung über die erledigten Portefeuilles und die künftige Politik dieser Ressorts kann nur zugleich mit der Entscheidung über die große Reformangelegenheit sowie über die künftige Gruppierung der Parteien im Reichstage erfolgen. Es spitzt sich schließlich alles auf die Frage zu: Soll die bisherige „liberalstrebende“ Politik fortgeführt werden oder will die Regierung mit Hilfe des Centrums und der Conservativen eine ehrliche und feste conservative Politik, insbesondere auf dem socialen und kirchenpolitischen Gebiete, verfolgen? Die Personenfragen sind von untergeordneter Bedeutung gegenüber der Wichtigkeit der sachlichen Entschleisungen, welche von dem Reichskanzler und den verbündeten Regierungen in der nächsten Zeit endgültig getroffen werden müssen."

Der Kölnischen Zeitung schreibt man aus Berlin vom 30. Juni: „Sowol der landwirtschaftliche als der Unterrichtsminister waren seit einiger Zeit entschlossen, nach dem Ende der Session ihre Entlassung zu nehmen. Friedenthal sah schon den Brief des Reichskanzlers an den Frhrn. v. Thüngen mit Recht als grobentheils gegen sich selbst gerichtet an. Er erkannte schon damals, daß ein Zusammenwirken mit dem Fürsten Bismarck für ihn nicht mehr möglich sein werde. Darauf kam noch der Conflict über die Getreidezölle. Der Reichskanzler verlangte wiederholt und kurz angebunden, daß der landwirtschaftliche Minister für die Getreidezölle sprechen sollte, und wollte dessen Entschuldigungsgründe nicht gelten lassen. Beide Herren verständigten sich darüber, daß Friedenthal am Schluß der Session um seine Entlassung bitten werde. Vom Minister Fall ist bekannt, daß er seit lange mit dem Entschlusse umging, sein Amt niederzulegen. Besondere Streitpunkte hatten in der letzten Zeit nicht vorgelegen; aber die Ultramontanen, die jetzt in der Politik des Kanzlers eine so große Rolle spielen, fordern täglich „laut mit Sturmgebrüll“ die Entlassung Fall's als des Vaters der Waigesehe. Und so glaubte Fall der ganzen Wendung der Dinge nach im öffentlichen Interesse zu handeln, wenn er diese Personenfrage nach eigenem Entschlusse erledigte. In seinem Entlassungsgesuche an den Kaiser bezog er sich im

allgemeinen auf die Lage, die seinen Rücktritt wünschenswerth mache."

Anderweit berichtet man derselben aus Berlin vom 30. Juni: „Auch die Minister Fall und Friedenthal haben gestern ihre Entlassung eingereicht. Friedenthal hat sein Entlassungsgesuch durch Gesundheitsrückichten begründet; Fall hat sich in milder Weise im allgemeinen auf die Lage bezogen, die seinen Rücktritt als wünschenswerth erscheinen lasse, namentlich würden die Verhandlungen mit dem Vatican dadurch erleichtert werden. Der Finanzminister Hobrecht erklärt, daß sein Rücktritt mit dem Frankenstein'schen Antrage nichts zu thun habe."

Der Leipziger Zeitung schreibt man aus Berlin vom 30. Juni: „Dr. Friedenthal soll, wie behauptet wird, schon seit längerer Zeit „ministermüde“ sein und sich nach dem Otium cum laboro auf seinen prachtvollen schlesischen Besitzungen — er gehört bekanntlich zu den größten und intelligentesten Großgrundbesitzern und Industriellen Schlesiens — sehnen. Daß Dr. Fall aber angesichts des neuesten Ganges der kirchlichen Angelegenheiten wenig Aussicht auf länger dauernde Behauptung seines Portefeuille hat, werden auch seine Freunde und Parteigänger nicht weiter in Abrede zu stellen vermögen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhange die in immer größerer Nähe rückende Beendigung des Conflicts mit der katholischen Kirche, als die Verhältnisse innerhalb der evangelischen Kirche sind, was Hr. Fall's Verbleiben im Amte von Tage zu Tage schwieriger gestaltet."

Eine berliner Correspondenz der Magdeburgischen Zeitung besagt: „Die vielfach verbreitete Version, wonach der Minister Fall dazu ersehen wäre, das Portefeuille des Justizministers nach einem etwaigen Rücktritt des Dr. Leonhardt zu übernehmen, darf für jetzt gänzlich unbeachtet bleiben."

Die Neue Preussische Zeitung denkt bereits sehr ernstlich an die Nachfolger der abgetretenen Minister. Als solche wären neben den Parlamentariern v. Seydewitz, v. Bötticher, v. Puttkamer, Lucius auch einige hohe Verwaltungsbeamte genannt. Das Blatt sagt sodann: „Wenn je, so ist gerade in dieser entscheidungsbedingten Zeit ein homogenes Ministerium erforderlich, um, wenn wir das Bild gebrauchen dürfen, das Staatschiff nach mancherlei Schwanungen in sicherem (!) Fahrwasser zu führen."

Die „Germania“ sagt zur Rechtfertigung des Votums der Ultramontanen in der Tarificommission: „Die Einzelstaaten brauchen neue Einnahmen; ob sie zu bewilligen sind, steht also gar nicht in Frage, sondern ist mit Naturnothwendigkeit in demselben Augenblicke entschieden, wo das Bedürfniß feststeht. Es handelt sich also nur um die Frage: Soll das Volk die nöthigen Gelder vermittels der indirecten Reichssteuern oder durch eine Erhöhung der directen Landessteuern herbeischaffen? Bei dieser Sachlage hat ein billiges „Nein“ der Reichstagsabgeordneten keine andere Folge als eine Vergrößerung des Steuerzettels der Einzelstaaten, über dessen ungenügende Größe sich noch niemand beklagt hat. Die „Liberalen“ haben, nachdem sie lange Jahre hindurch sich in Compromissen aufopfert, gerade jetzt den Zeitpunkt für gekommen erachtet, um aus der bisherigen Politik in das Fahrwasser der „männlichen“ Opposition zurückzutreten. Sie haben den Augenblick schlecht gewählt; für ihre Parteiinteressen wäre es besser gewesen, wenn sie diesmal noch klein beigeben hätten. Denn durch ihre Haltung haben sie dem Centrum eine so schöne Gelegenheit zu erfolgreicher, entscheidender Theilnahme an dem großen Reformwerke gegeben, wie wir sie besser nicht wünschen konnten."

In Bezug auf das liberal-conservative Compromiß spricht sich jetzt die National-Zeitung ebenso wie wir dahin aus: „Es ist ja kein Compromiß, wie es früher National-Liberale und Frei-conservative mit dem Reichskanzler schlossen, wo der gemeinsame Wunsch, den Interessen des Reiches zu dienen, die Scrupel der einzelnen überwinden half. Eine trübselige Coalition widerstreitender Interessen liegt vor, zusammengehalten durch den Hintergedanken eines jeden Contrahenten, den andern zu überlisten."

Ueber die Lage des „Compromißes“ berichtet man der National-Zeitung Folgendes:

Das Centrum hat trotz des Sonntags eine Fraktions-sitzung abgehalten, welche sich bis gegen 6 Uhr abends ausdehnte und über deren eigentlichen Inhalt im allgemeinen Schweigen bewahrt wird. Nach dem, was verlautet, handelte es sich um die Stellung der Fraktion zu den Finanzjahren. Es heißt, dieselbe wolle den Kaffeepoll voll, den Petroleumzoll jedoch reducirt bewilligen, und es solle im ganzen die Summe der Bewilligungen, auf welche die Fraktion eingehen will, die Höhe von 120 Mill. M. erreichen. Was bisher über ein Compromiß zwischen dem Centrum und den Conservativen verlautet, reducirt sich auf Präliminarartikel. Der definitive Abschluß ist auf den Punkt verschoben, wo die Zahlen feststehen. Hieraus wird ersichtlich, weshalb man bisher von der Stellung des Reichskanzlers zu der ganzen Frage nichts erfahren hat. Es liegt auf der Hand, daß seine Bestimmungen nicht eher getroffen werden

können, als bis er die Summe kenne, über welche sich die Fraktion, aus dem Centrum und den Conservativen zu bildende Majorität geeinigt hat.

Von anderer Seite wird demselben Blatte mitgetheilt, daß das Centrum nunmehr seine Zahlen eingeeicht hat; auch zur Bewilligung der Tabaksteuer würde sich dasselbe herbeilassen.

Wie die Kieler Zeitung vernimmt, soll es unter den bürgerlichen liberalen Elementen des Centrums „bedenklich gären“. Sie wollen nicht unbedingt ihren Führern in den Zollfragen folgen. „Ohne aber aller Stimmen des Centrums sicher zu sein“, bemerkt dazu die „Tribüne“, „vermag Windthorst dem Kanzler keine Mehrheit zu garantiren. Andererseits ist Windthorst des Kanzlers für die unveränderte Annahme des Antrages Frankenstein nicht sicher. Kurz, niemand weiß, wohin die nächste Stunde uns verschiebt."

In einer berliner Correspondenz der Magdeburgischen Zeitung vom 1. Juli heißt es: „Deute Nachmittag kurz vor Schluß der Sitzung erschien der Reichskanzler im Reichstage, zog sich indessen sofort in sein Konferenzzimmer zurück, wo er eine längere Besprechung mit dem Abg. zu Frankenstein hatte. Es hieß, er habe auch den Abg. v. Bennigsen gesprochen; doch möchten wir dies bezweifeln."

Aus Berlin vom 1. Juli wird berichtet: „Die national-liberale Fraction tritt nach langer Unterbrechung heute Abend zur Berathung der constitutionellen Frage zusammen. Man erwartet eine möglichst einstimmige Erklärung gegen den Antrag Frankenstein."

Aus Berlin vom 1. Juli berichtet man der Magdeburgischen Zeitung: „Deute ist der Abg. v. Forderbeck wieder in den Reichstag eingetreten, nachdem er von seiner Urlaubsreise aus Elbing zurückgekehrt ist." Nach einer Mittheilung der Neuen Preussischen Zeitung betragen die Schuldsforderungen deutscher Gläubiger an den Aethive 4 Mill. Pfd. St.

Auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. Oct. 1878 wurden verboten der Gefangenein Frohsinn in Mundenheim.

Preußen. Am 29. Juni ist, wie die Vossische Zeitung mittheilt, der Vorsitzende des Landesökonomiecollegiums, Geh. Oberregierungsath Dr. Hermann v. Nathusius, zugleich vortragender Rath im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, gestorben. Er war 1809 in Magdeburg geboren, ein Sohn des durch seine industriellen Unternehmungen weithin bekannten Gottlob Nathusius. Er hat sich um die deutsche Landwirtschaft, speciell die Viehzucht, viele Verdienste erworben. In politischer und kirchlicher Richtung stand er wie seine ganze Familie auf der äußersten Rechten.

Thüringische Staaten. J Eisenach, 30. Juni. Die heute hier stattgefundene Generalversammlung der deutschen Vegetarianer war nur schwach besucht, als Mitglieder des Vereins mochten etwa 20 Herren und 6 Damen den Verhandlungen beiwohnen. Das Präsidium führte Hr. L. May aus Pankow bei Berlin, während Hr. E. Balyer aus Neuhausen als die eigentliche Seele des Vereins zu betrachten ist. Außer dem rein geschäftlichen Angelegenheiten beschäftigte sich die Versammlung mit einigen Anträgen des Majors v. Flotow, die Staatsbehörden zu bitten, in den öffentlichen Anstalten den Zwang zum Genuß von Fleischspeisen abzustellen und den Obstbau in großartigem Maßstabe zu fördern. Beide Anträge wurden angenommen. Hr. Meyerfel-Denabrad referirte über verschiedene Arten des Pumpernickel und Hr. Bohrmann-Frankfurt a. M. über Kleidung, zu welcher animalische Stoffe nicht verwendet werden, und belegte dies durch Proben. Das Festmahl ist ein rein vegetarisches gewesen und bestand aus Kräuteruppe, Kohlrabi mit Petersilienkartoffeln, Blumenkohl mit gebratenen Kartoffeln, Dmelleits und Flammerie, Compots, Salat, Torte, Obst, Butter und Käse mit Schretbrot und Pumpernickel. Als Getränk diente Wasser und Limonade. Obwol die Mitglieder von der Bortrefflichkeit ihrer Ernährungsweise überzeugt sind, gibt doch das wenig gut genährte Aussehen der meisten derselben nicht gerade einen Beleg für diese Meinung.

Baden. † Aus Baden, 30. Juni. Dem Anstimmten der Zolltarificommission entsprechend haben die Bundesrathsbewollmächtigten an den Bundesrath über den badischen Staatshaushaltsetat berichtet. Hier-nach ergibt sich für die Jahre 1878/79 eine Unzulänglichkeits von 6,315543 M., welche theilweise durch noch vorhandene Ueberschüsse gedeckt werden kann. Der Vorschlag für die Budgetperiode von 1880/81 ist noch nicht fertig gestellt, wird aber, nach dem erstatteten Bericht von den wirtschaftlichen Verhältnissen sich nicht noch ungünstiger gestalten, jedenfalls die gleiche Unzulänglichkeits zeigen. Hier wäre dann lediglich durch eine Kapitalaufnahme oder Steuererhöhung abzuheffen. — Tabak ist in diesem Jahre weit weniger gebaut worden als in früheren Jahren, was mit der noch heute bestehenden Unsicherheit hinsichtlich der neuen Steuern zusammenhängt. Ist doch der Ta-

badischer Staatshaushaltsetat, ob er auf die Fläche des Reichs einzuwirken vermag, in demselben Zustand der Zwickelung...

Der vom 28. so stehende bedeutungslos nach dem men ist, unter no fassung der auswärtigen dieselbe tei, das verlor u sich gege

Aus de Casl Anerkenn noch nicht hier ver tistischen nung de

Es ziere de Verfaffung Gelegend den. M gewisser mentlich mehre größer Ed ver sätigung

Die de P „Nachder 1. Juni würde, Tages a begleitet hatte. A zeitig w ralaquart Weise in da er ( die ganz Kurz vor corte Bo mich bei Ich erhi vorabirte dem Hau gesinnun hatten se den Besl Stuf über Vote leh Bergrück hügeln z Boten n mit sich Planke Auf dem einiger E then. Di theilte u shall im dem Pri ten. „E stark gen

Nach schenke flusses. Prinz b des Blaf halbe E rungen u wir niem ins Tha alle Wort keine Zul war erm wieder. noscirte u ich vor „Warten 5 Minu

backspflanzen nicht einmal darüber völlig einer Stimme, ob er außer der drohenden Gewichtssteuer nicht noch die Flächensteuer beibehält. Manche scheuen nicht mehr das Monopol, sie wünschen sogar, daß der Reichskanzler damit durchbringt, um endlich einen sichern Zustand zu gewinnen und zugleich den Ausbeutungen der Zwischenhändler überhoben zu sein.

**Oesterreich-Ungarn.**

Der östlichen Zeitung schreibt man aus Wien vom 28. Juni: „Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so stehen wir in Oesterreich vor einer wichtigen, bedeutungsvollen Schwankung der innern Politik nach der conservativen Richtung. Daß es so gekommen ist, liegt nicht zum geringsten Theile an der mitunter nahezu unbegreiflichen Haltung der alten Verfassungspartei, welche in ihrer Opposition gegen die auswärtige Politik des Grafen Andrassy, so berechtigt dieselbe auch war, die erste Rücksicht einer jeden Partei, das feste Zusammenhalten in sich, aus dem Auge verlor und sich in verschiedene kleine Fractionen, die sich gegenseitig bekämpften, auflöste.“

**Frankreich.**

Aus Paris vom 1. Juli wird berichtet: „Paul de Cassagnac und Genossen haben die Absicht, die Anerkennung des Prinzen Napoleon zu verweigern, noch nicht aufgegeben. Dagegen beschloßen die gestern hier versammelten Vertreter der gesammten bonapartistischen Departementalpresse die unbedingte Anerkennung des Prinzen Napoleon.“

— Es bestätigt sich, daß die Generale und Offiziere der französischen Armee auf die republikanische Verfassung vereidigt werden sollen; der Eid wird bei Gelegenheit der Fahnenvertheilung abgenommen werden. Man entschloß sich zu dieser Maßregel infolge gewisser Kundgebungen, welche in der letzten Zeit, namentlich aber beim Tode des kaiserlichen Prinzen von mehreren Generalen gemacht wurden. Sollte eine größere Anzahl von Generalen und Offizieren den Eid verweigern, so werden dieselben alsdann zur Verfassung gestellt.

**Großbritannien.**

Lieutenant Carey, der Augenzeuge des Todes des Prinzen Napoleon, berichtet Folgendes: „Nachdem ich erfahren, daß Se. kaiserl. Hoh. am 1. Juni eine Recongnoscierung der Gegend unternehmen würde, um einen Platz für das Lager des folgenden Tages ansichtig zu machen, erbot ich mich, ihn zu begleiten, da ich das Terrain bereits früher beritten hatte. Meinem Gesuche wurde gewillfahrt; aber gleichzeitig wurde ich von Oberst Harrison, der als Generalquartiermeister fungirte, angewiesen, mich in keiner Weise in die Anordnungen des Prinzen zu mischen, da er (Oberst Harrison) wünschte, daß dem Prinzen die ganze Ehre gebühre, das Lager gewählt zu haben. Kurz vor dem Aufbrechen fand ich, daß für keine Escorte Vorbereitungen getroffen worden, und wandte ich mich dieserhalb an den Brigademaier der Cavalerie. Ich erhielt die erforderlichen Ordres und um 9 1/4 Uhr paradirten sechs von Kapitän Wellington's Reitern vor dem Hauptquartier. Mit diesen und einem freundlich gestimmten Jule traten wir unsern Weg an. Auch hatten sechs Vasubos von Kapitän Shepstone's Corps den Befehl, uns zu begleiten, und ehe wir den Blutfluß überschritten, sandte ich nach diesen Leuten. Der Bote kehrte mit der Antwort zurück, daß sie auf dem Bergrücken zwischen den Incenzi- und den Italegihügeln zu uns stoßen würden. Hierauf schickte ich den Boten nochmals mit der Weisung zurück, die Escorte mit sich zu bringen. Auf unserer rechten und linken Flanke sah ich starke Abtheilungen Vasutoplänker. Auf dem Bergrücken saßen wir ab, da wir die Lage einiger Hügel mit unsern Compassen zu fixiren wünschten. Oberst Harrison kam alsdann angeritten und theilte uns mit, daß die Cavalerie des Generals Marshall im Anzuge sei. Als er uns verlassen, schlug ich dem Prinzen vor, auf den Rest der Escorte zu warten. „D nein“, erwiderte der Prinz, „wir sind ganz stark genug.“

Nach anderthalb Meilen bestiegen wir eine beherrschende und felsige Hügelreihe jenseit des Mytozi-flusses. Ich schlug vor, hier abzuplatzen, allein der Prinz bemerkte, daß er dies lieber mehr in der Nähe des Flusses thun würde. Wir hielten uns hier eine halbe Stunde auf und beschäftigten uns mit Skizzirungen und Beobachtungen durch das Fernrohr. Da wir niemand erblickten, so ritten wir nach einem Kraal ins Thal hinab und sattelten ab. Wir unterließen alle Vorsichtsmaßregeln, da wir annahmen, daß sich keine Julus in der Nachbarschaft befänden. Der Prinz war ermüdet und legte sich in der Nähe einer Hütte nieder. Die Leute bereiteten Kaffee und ich recognoscirte mit dem Fernglase. Um 3 Uhr 35 Min. schlug ich vor aufzubrechen. Se. kaiserl. Hoh. erwiderte: „Warten wir noch 10 Minuten“, gab aber schon nach 5 Minuten den nöthigen Befehl. Ich gab denselben

weiter und ging um mein Pferd aus dem Mealisfelde zu holen. Ich hatte gesattelt und war dießzeit des Kraals zu Pferde gestiegen, als ich Se. kaiserl. Hoh. den Befehl geben hörte: „Zum Auffigen bereit!“ Ich wendete mich um und sah ihn den Fuß im Steigbügel. Zu gleicher Zeit gab ich den Befehl: „Aufsitzen!“ und erblickte, da die Leute in den Sattel sprangen, die schwarzen Gestalten der Julus ungefähr 20 Yards von uns entfernt, in vollem Anlauf gegen uns, durch die Mealisfelder. Dieselben stießen ein Geschrei aus und feuerten auf uns, während wir davonritten. Ich wählte alle im Sattel und hielt es für besser, über das lange Gras hinwegzukommen, ehe wir einen Halt machten, da ich wußte, daß die Carabiner der Leute nicht geladen waren. Da ich das schlechte Schießen der Julus aus Erfahrung kannte, so erwartete ich nicht, daß jemand verwundet sei. Ich rief daher, als wir uns dem Donga näherten: „Wir müssen uns an der andern Seite sammeln.“ Ueberwacht den Rückzug eines jeden unter uns.“ Als ich zurückblinnete, sah ich, daß ein Theil uns folgte, während ein anderer zu unserm Leide den Versuch machte, unsern Rückzug durch den Thaleinschnitt abzuschließen. Unterdeß waren wir einem schweren Feuer ausgesetzt und nachdem wir den Donga passirt hatten, sagte einer unserer Leute zu mir: „Ich fürchte, der Prinz ist getödtet.“ Ich hielt an, blinnete zurück und frug ihn, das Pferd des Prinzen von der andern Seite des Donga erblickend, ob es etwas nützen könne, wenn wir zurückkehrten. Die Julus hatten bereits die Stelle passirt, wo er gefallen sein mußte, und der Mann zeigte mir die Julus, welche uns zur Linken umschlichen. Ich wartete, bis unsere Leute herangekommen waren, und galopirte dann weiter, um eine Fährte über den Tombocostfluß zu suchen.“

— Der Pall-Mall Gazette meldet man aus Rom vom 30. Juni: „Eine Specialconvention zwischen dem Vatican und Deutschland ist in Unterhandlung. Die Regierung soll die Bischöfe vorbehaltlich der Bestätigung des Papstes und die Bischöfe sollen die Priester vorbehaltlich der Bestätigung der Regierung ernennen. Die Geislichkeit soll die dergestalt ausgelegten Maßesetze annehmen.“

— Aus Melbourne vom 15. Mai wird berichtet: „Die Errichtung der Ausstellungsgedäude macht große Fortschritte. Die Ausstellungscommission hat bei der Regierung um einen weitem Credit von 130000 Pfd. St. zur Vervollständigung der Annexen nachgesucht. Man erwartet, das Gebäude werde einen höchst imposanten Charakter zur Schau tragen.“

— Aus Sydney vom 12. Mai wird geschrieben: „Die Ausstellungsgedäude nähern sich schnell ihrer Fertigstellung und einige Theile sind schon jetzt zur Aufnahme von Ausstellungsgegenständen bereit. Der größere Theil der bei dem Bau beschäftigten Zimmerleute stellte die Arbeit ein und verlangte eine Lohn-erhöhung von 1 Sh. 3 D. auf 1 Sh. 6 D. per Stunde; da aber die Regierung diesem Verlangen nicht nachgab, löste sich der Strike allmählich auf.“

**Belgien.**

Die belgischen Bischöfe haben im Hinblick auf den Erlaß des neuen Unterrichtsgesetzes ein Hirten-schreiben erlassen, in welchem sie erklären, daß kein Familienvater seine Kinder in eine nach dem neuen Gesetze eingerichtete öffentliche Schule schicken dürfe, wenn an demselben Orte oder in der Nachbarschaft eine katholische Schule bestehe, oder wenn er in anderer Weise für den Unterricht sorgen könne. „Uebrigens“, heißt es in dem Hirtenbriebe, „wird in nächster Zeit in jeder Pfarrei eine vollkommen organisirte Schule bestehen. In Ausnahmefällen möge sich der Familienvater an den Pfarrer wenden, welcher dann an den Bischof berichten wird. Kein Katholik darf durch freiwillige Acte an der Ausführung dieses Gesetzes mitwirken, also ein Schulanst, z. B. die Mitgliedschaft eines Schulvorstandes annehmen. Papst Pius IX. erklärt in seinem Briefe an den Erzbischof von Freiburg, es sei zweifellos für die Kirche, für Laien und Geistliche eine sehr ernste Pflicht, alle Mittel anzuwenden, um der katholischen Jugend christlichen Unterricht und christliche Erziehung zu verschaffen. Diese Pflicht faßt sich in zwei Worten zusammen: Handeln und Beten! Der Kampf beginnt, er wird lang und schwer sein. Ihr nehmet ihn auf mit festem Entschlusse. Siegen können wir nur durch große und beständige Anstrengungen, durch bedeutende unablässige Geselbopfer, durch die wetteifernde Liebe aller.“ Das Schreiben wendet sich dann mit der Ermunterung, die Mittel für die zu begründenden katholischen Schulen zu beschaffen, vornehmlich an die begüterten unter den belgischen Katholiken, aber auch an alle andern, unter denen es ja nur wenige geben werde, die sich nicht wenigstens mit einem wöchentlichen, monatlichen oder jährlichen Beitrage von einigen Centimes betheiligen könnten.

**Königreich Sachsen.**

Leipzig, 2. Juli. Vergangene Nacht 12 Uhr reiste der Prinz August von Württemberg, mit dem Schnellzug aus Berlin kommend, hier durch und fuhr nach München weiter.

Leipzig, 2. Juli. Das gestern erwähnte fünf- undzwanzigjährige Jubiläum des Mitglieds der Firma F. A. Brochhaus, Dr. Eduard Brochhaus, wurde unter lebhafter Theilnahme seiner Berufsgenossen und der Geschäftsangehörigen gefeiert. Eine aus sämtlichen Geschäftsweigen der Firma gewählte Deputation überbrachte dem Jubilar die Glückwünsche derselben nebst einem prachtvollen silbernen Tafelaufsatz und einem vom Geh. Hofrath v. Gottschall verfaßten Festgedicht. Der Jubilar sprach der Deputation und später auch dem im ersten Hofe des Grundstücks zusammengetretenen Personal seinen herzlichsten Dank dafür aus. Außer zahlreichen Freunden und Collegen erschienen auch die Mitglieder der Deputation des Vereins der Leipziger Buchhändler und des Geschäftsführenden Ausschusses des Deutschen Buchdruckervereins, um dem Jubilar, der selbst Mitglied beider Vorstände ist, ihre und die Glückwünsche der betreffenden Vereine darzubringen.

In Dresden hielt der Reichstagsabgeordnete Günther-Nürnberg, Mitglied der Fortschrittspartei, im Tivoli vor einer zahlreichen Versammlung eine Rede, worin er die augenblicklichen Zustände in Deutschland und die Bismarck'sche Politik beleuchtete, die Bildung einer „großen liberalen Partei“ empfahl und so schloß:

Es ist ein unerfreulicher Ausblick in die Gegenwart, wir sehen, daß unser deutsches Bürgerthum sich der Reaction kalt und lau gegenüberstellt, und wie Conservative und Ultramontane in einen Bund getreten sind. Wir wissen nicht, wohin das führt. Das deutsche Volk hat nicht Widerstand geleistet zu einer Zeit, da es hätte widerstreben sollen und müssen. Nichts als trübe Aussichten. Die Zeit von 1871 liegt als eine ferne hinter uns. Unsere Aufgabe ist es, unser Ziel nicht aus dem Auge zu verlieren und uns weder nach rechts noch nach links abdrängen zu lassen, wie dies mit zwei hervorragenden Männern der Fortschrittspartei geschehen ist, mit Twesten und Jacobi. Diese beiden Männer mögen uns unsern Weg zeigen. Wollen wir uns durch die frühern Erfahrungen nicht abweisen lassen, von unsern Idealen hoffen wir, daß für uns der Mann kommt, der die Schächer aus dem Tempel nationaler Einheit hinwegjagt und eine wirkliche Volksvertretung Einzug halten läßt. (Anhaltender stürmischer Beifall.)

Die Leipziger Volks-Zeitung, das einzige Fortschrittorgan in Sachsen, schreibt:

Die vertrauliche Sitzung der Deutschen Fortschrittspartei in Sachsen hat am 30. Juni bei nicht allzu zahlreicher Betheiligung von auswärtig in Dresden stattgefunden. Professor Wigard führte den Vorsitz. Einen genaueren Bericht werden wir morgen bringen, soweit es sich um Mittheilbares handelt.

Dem Leipziger Tageblatt berichtet man ebendarüber aus Dresden:

Im großen und ganzen war man der Meinung, daß auf eine Stärkung und Kräftigung der gesammten liberalen Partei im Landtage hingearbeitet werden müsse und daß in denjenigen Wahlkreisen, wo eigene Candidaten nicht vorhanden, die Wahlen der andern liberalen Candidaten (natürlich mit Ausschluß der socialdemokratischen) zu unterstützen seien. Dabei entspann sich ein kleines Kreuzfeuer zwischen Hinkel-Leipzig und Dr. Windwig-Dresden. Ersterer war principiell gegen alle Compromißcandidaten und verlangte mehr Linksconcentration, während letzterer dafür plaidirte, für die liberale Seite im Landtage die specielle Parteiführung nicht zu sehr ins Auge zu fassen. Hinkel beantragte sogar eine Resolution, welche das vom Leipziger Fortschrittverein auf dem Berliner Parteitage vertretene Programm zur bedingungslosen Annahme empfahl, und drohte, für den Fall der Nichtannahme nicht mehr mitthun zu wollen. Der Hinkel'sche Antrag, welcher übrigens sehr wenig sympathisch aufgenommen zu werden schien, wird einer demnächst einberufenden Landesversammlung der Fortschrittler zur endgültigen Beschlußfassung unterbreiten werden. Ein eigens hierzu gewählter Ausschuß, der sich nach Befinden durch Cooptation verstärken kann, soll die Landtagswahlangelegenheit weiter betreiben. In diesen Ausschuß wurden zunächst gewählt: Professor Dr. Wigard und Hotelier Rinde von Dresden sowie Advocat Schreck aus Pirna.

Nach einer Correspondenz des Leipziger Tageblattes aus Dresden vereinigten sich daselbst am 29. Juni die Socialdemokraten zu einer geheimen Besprechung bezüglich der Landtagswahlen. Wie es heißt, weigerte sich Bebel wegen Mangel an Zeit, ein Mandat anzunehmen. Die Wahl Liebnecht's und Klemich's solle eifrig betrieben werden.

Meißen, 1. Juli. Der gestrige erste Festtag der Einweihung der neuen Schulgebäude von Sanct-Afra verlief programmgemäß in schönster Weise. Die neuen Gebäude befinden sich fast ganz auf der Stelle der frühern alten, nur daß sie nach Stadt- und Zwingersseite zur Vergrößerung des Ganzen ein wenig hinausgerückt sind. Da eine Verlegung der Schule während des Baues ihre großen Schwierigkeiten gehabt haben würde, so ist der Bau in der Weise ausgeführt worden, daß man stückweise die alten Gebäude abtrug und die neuen aufbaute, sodas fortwährend in der ganzen Bauzeit zwei Flügel noch zur Benutzung waren. Neu aufgeführt sind überhaupt nur drei Flügel, nach der Ost-, Süd- und Westseite, während das alte Rectorat an der Nordseite stehen



Leipziger Börse.

3. Juli.

Wechsel.

Table with columns for location (Amsterdam, Brüssel, London, Paris, Petersburg, Warschau, Wien) and exchange rates.

Deutsche Fonds.

Table listing various German bonds and funds with columns for name, interest rate, and price.

Bank-Disconto.

Table showing discount rates for various banks and locations.

Sorten.

Table listing different types of bonds and their prices.

Eisenb.-Stamm-Act.

Table listing shares of railway companies.

Table listing various railway and industrial shares.

Table listing shares of the Eisenbahn-St.-Pr.-Actien.

Table listing shares of Bank- u. Credit-Actien.

Table listing shares of Industrie-Act. Prioritäten u. Stamm-Prior.

Table listing shares of Ausländische Fonds.

Table listing shares of Inl. Eisenb.-Prior.-Obl.

Table listing shares of Ausl. Eisenb.-Prior.-Obl.

Table listing shares of Kohlen-Act. u. Prior.

Ankündigungen.

Theater der Stadt Leipzig.

Neues Theater. Donnerstag, 3. Juli. Der Königsleutnant. Lustspiel in 4 Acten von Karl Gutzkow. (179. Abonnements-Vorstellung.)

Altes Theater. Donnerstag, 3. Juli. Zum ersten male: Die Fledermaus. Operette in 3 Acten von Johann Strauß. Kofalinde von Eisenstein - Marie Geisinger.

Balsamischer Salicylsäure-Talg

H. Schelcher, Apotheke Strehlen-Dresden. (Preis pr. Doss nur 60 Pf.)

gegen Fußschweiß, Wundwerden der Füße und anderer Hautflächen und Kerpertheile...



Oberschlesische Eisenbahn.

Nachdem die königliche Staats-Regierung zu der in der General-Versammlung der Aktionäre der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft vom 18. März 1879 beschlossenen Kündigung...

- zum 1. Januar 1880 in Gemäßheit des §. 4 des Allerhöchsten Privilegii vom 7. Juli 1869... 1. in Breslau bei unserer Haupt-Kasse...

Hessische Morgenzeitung.

Herausgegeben von Dr. Fr. Oetker.

Von entschieden liberaler und deutsch-nationaler Tendenz bespricht die „Hessische Morgenzeitung“ in täglichen Zeitartikeln die hervorragenden Ereignisse...

Die „Hessische Morgenzeitung“ erscheint 12 Mal per Woche, Abonnementspreis pro Quartal 3 M. 75 Pfg.

Die Expedition der Hessischen Morgenzeitung. Cassel, 1879.

Carola-Theater

unter Direction von Julius Hofmann. Donnerstag, 3. Juli. Vorstellung im Abonnement. Cosi fan tutte...

Leipziger Tageskalender vom 3. Juli.

Eisenbahnfahrten.

Sächsischer Bahnhof. A. Linie Leipzig-Berlin. Abf. Leipzig 4, 45 (Sachs. Hof), 9, 25 (Sachs. Hof), 10, 15 (Sachs. Hof)...

Rhm. 3, 41 (Wien, Prag, Breslau), Rhm. 5, 20 (Wien, Prag, Breslau), Rhm. 6, 26 (Gautzsch, Dresden, Völs)...

Magdeburger Bahnhof. Abf. Mag. 4, 15 (Magdeburg, Braunschweig, Bremen, Hannover), Mag. 7, 3 (Sachsen, Leipzig, Chemnitz)...

Thüringischer Bahnhof. A. Linie Leipzig-Korbetha-Verkehr. Abf. Leipzig 4, 30 (Wochentags, Korbetha, Erfurt)...

Bibliotheken: Universitäts-Bibliothek 11-1 Uhr. Das Lesezimmer geöffnet von 10-1 Uhr. Sächsisches Museum (Entrée 50 S)...

Mit dem vorbezeichneten Rückzahlungstermine hört die Verzinsung der betreffenden Obligationen auf.

Für festsitzende Coupons, welche erst nach dem Rückzahlungstermine fällig werden, wird der Betrag derselben von dem Kapital der Obligation in Abzug gebracht.

Die Zinsdifferenz der Coupons pro II. Semester 1879 mit 1/2 Prozent wird den Inhabern der umzutauschenden 4 1/2 procentigen Obligationen...

Die Frist für den Umtausch beginnt mit dem 14. Juli und läuft ab mit dem 25. August 1879.

Mit den umzutauschenden Obligationen sind deren noch nicht fällig gemordene Zins-Coupons und Talons abzuliefern; der Werthbetrag fehlender Coupons ist bar zu ersetzen.

Bei Präsentation der vom 1. Januar 1880 ab einzulösenden, bzw. vom 14. Juli bis einschließlich 25. August 1879 umzutauschenden 4 1/2 procentigen Obligationen...

Die Zuzahlung der Zinsdifferenz von 1/2 Prozent auf die zur Convertirung gelangenden 4 procentigen Obligationen erfolgt bei der Anreichung des Interzessscheins.

Auf den Verzeichnissen, welche von den Inhabern der 4 procentigen Obligationen mit einzureichen sind, ist daher nicht nur über den Empfang der Interzessscheine, sondern auch über die empfangene Zinsdifferenz von 1/2 Prozent zu quittiren.

Breslau, den 24. Juni 1879. Königl. Direction der Oberschlesischen Eisenbahn.

Neues Abonnement. Kladderadatsch. 1879, III. Quartal. Redaktion: E. Dohm. Illustrator: W. Scholz. In Bild und Wort: Originell und pikant!

Neues Theater. Besichtig. d. innern Räume 2-4 Uhr. Del Vecchio's Kunstaussstellung (Kaufhalle 9-5 Uhr).

Aquarium, Schützenhaus, geöffnet. v. fr. 8-11 Uhr. Familien-Nachrichten. Verlobt: Dr. Prof. Dr. Julius Bierbaum...

Geboren: Dr. Gotthold Becker in Dresden eine Tochter. Gestorben: Dr. Sanitätsrath Dr. Wilhelm Friedrich Eichappel in Weippen...